

Linke auf verlorenem Posten

WIRTSCHAFT Der Grosse Rat revidierte gestern das Arbeitsmarktgesetz. Die Anträge von SP und Grünen etwa zu Lohn-dumping hatten dabei keine Chance.

Mit der Revision des kantonalen Arbeitsmarktgesetzes hat der Grosse Rat eine Grundlage für den Datenaustausch unter verschiedenen Behörden geschaffen. Diese sollen künftig besser auf die Daten Arbeitsloser zugreifen können, was die Stellensuche erleichtern soll.

SP und Grüne sahen in der Revision die Chance, Mindestlöhne festzuschreiben und ihre Anliegen im Kampf gegen Lohndumping und für den Datenschutz einzubringen.

Die Regierung solle in Absprache mit den Sozialpartnern für alle Branchen Mindestlöhne erlassen – sofern diese nicht bereits in Gesamtarbeitsverträgen geregelt sind, lautete einer der Anträge von Natalie Imboden (Grüne, Bern) und Béatrice Stucki (SP, Bern).

Davon wollte die bürgerliche Mehrheit nichts wissen und versenkte sämtliche Anträge. Dies ohne dass ihre Fraktionssprecher vorgängig viele Worte darüber verloren. Imboden warf den Bürgerlichen deshalb Diskussionsverweigerung vor. Schliesslich verabschiedete der Rat die Revision mit 113 zu 6 Stimmen bei 19 Enthaltungen. *as*

Flüchtlinge sollen arbeiten

INTEGRATION Der Grosse Rat will anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Er beauftragte gestern die Regierung damit, administrative Hürden abzubauen.

Der Kanton muss jährlich 500 bis 1000 anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene in den Arbeitsmarkt integrieren. Dies allerdings bislang mit eher geringem Erfolg. Weil Grossrat Hasim Sancar (Grüne, Bern) die Ursache dafür vor allem in den administrativen Hürden ortet, forderte er in einer Motion deren Abbau. Der Grosse Rat folgte dem Ansinnen gestern und überwies den Vorstoss mit 82 zu 45 Stimmen bei 4 Enthaltungen.

Entlastung der Sozialhilfe

Konkret muss die Regierung nun das Bewilligungsverfahren für die Anstellung von vorläufig Aufgenommenen und anerkannten Flüchtlingen vereinfachen. Zudem muss sie die erstmalige Gebühr aufheben, die ein Arbeitgeber bei der Vergabe einer Arbeitsbewilligung für diese Personengruppe bezahlen muss. Arbeit sei wichtig, begründete Niklaus Gfeller (Worb) namens der EVP das Ja zur Vorlage. «Zum einen für die Flüchtlinge und die vorläufig Aufgenommenen, zum anderen entlastet es die Sozialhilfe, wenn diese Leute arbeiten.» Beim Thema Flüchtlinge mache sich jeweils Unmut breit, weil vie-



Hasim Sancar forderte eine bessere Integration von Flüchtlingen. *Andreas Blatter*

le von ihnen nicht arbeiten würden, sagte SP-Sprecherin Béatrice Stucki (Bern). «Das ist aber nicht ihr Fehler, sondern der des Systems.» Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene hätten es schon schwer genug, einen Job zu finden, erklärte GLP-Sprecher Nathan Güntensperger (Biel). «Da braucht es nicht auch noch ein langwieriges Verfahren.» Auch die Grünen sprachen sich für die Motion aus. Immerhin sei die Regierung bereit, den Auftrag anzunehmen, so ihr Sprecher Bruno Vanoni (Zollikofen). «Eine Ablehnung durch den Rat wäre da ein schlechtes Signal.» Argumente, denen sich auch die BDP anschliessen konnte.

Keine First-Class-Behandlung

SVP und FDP konnten sich nicht für das Anliegen erwärmen. Sie begründeten dies damit, dass erst inländische Arbeitslose integriert werden müssten. «Wir können Flüchtlinge nicht First Class behandeln, nach dem Motto, wer hierher kommt, erhält einen Job», so FDP-Sprecher Hubert Klopfenstein (Zweisimmen). Zudem sei der Bund in der Sache bereits aktiv. Auch sei das Bewilligungsverfahren nicht derart kompliziert, wie ihm Vertreter des Baugewerbes versichert hätten. Die FDP beantragte die Motion als erfüllt abzuschreiben, sollte der Rat sie überweisen. Doch das Parlament sprach sich mit 79 zu 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen gegen den Antrag der FDP aus. *Andrea Sommer*

FH-Kritik wird zum Politikum

FACHHOCHSCHULE Jetzt muss sich auch die Regierung zur Kritik aus Industriekreisen an der Berner Fachhochschule äussern. Zwei SVP-Grossräte haben einen entsprechenden Vorstoss eingereicht.

Die Kritik der Thuner Maschinenbauer an die Adresse der Berner Fachhochschule wird zum Politikum: Der Thuner Stadtpräsident und SVP-Grossrat Raphael Lanz und sein Parteikollege Ueli Jost (Thun) fordern den Regierungsrat auf, dazu Stellung zu nehmen. Mit ihrer Interpellation wollen sie wissen, ob konkrete Massnahmen geplant seien, die der Kritik Rechnung tragen. Zudem stellen sie die Frage, ob die Regierung die Forderung nach mehr Mitspracherecht der Industrie befürwortet.

Falls dem so sei, möchten die Interpellanten konkrete Vorschläge hören, wie dies umgesetzt werden könnte.

Die Thuner Industrievertreter kritisieren, dass die Ingenieursausbildung – speziell der Lehrgang Maschinenteknik – im Departement Technik und Informatik zu weit weg von ihren Bedürfnissen sei. Deshalb fordern sie mehr Mitspracherecht bei der Auswahl der Dozenten und bei der Erstellung der Lehrpläne. Der Schulrat hat bereits reagiert und lässt jetzt ein externes Gutachten ausarbeiten (siehe gestrige Ausgabe). *ma*

ANZEIGE

89.90
~~129.90~~
Einführungspreis
Gültig vom 11.11. bis 31.12.2015

Gigaset
C530A Duo

- grosses beleuchtetes TFT-Farbdisplay
- Adressbuch für 250 Einträge
- Komfort-Freisprechen in Voll-Duplex-Qualität
- Babyphone mit Gegensprechfunktion

Duo mit Anrufbeantworter!

39.90*
~~44.90~~

KASPERSKY
Internet Security 2016 + Android (1 PC) Special Edition

Online rundum sicher!

Das perfekte Geschenk!

Erhältlich in Ihrer Poststelle oder auf postshop.ch

ALLES WICHTIGE GIBT'S AUF DER POST.

DIE POST
Gelb bewegt.

Alle Preise in CHF inkl. MWST und VRG (keine VRG auf Handy). Nur solange Vorrat. Irrtum vorbehalten. * Angebot gültig vom 11.11.2015 bis 16.2.2016.